



Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern



Jacqueline Fehr
Regierungspräsidentin

Neumühlequai 10
Postfach
8090 Zürich

Sachbearbeiter: Dr. iur. Alexander Locher, RA
Juristischer Sekretär mbA
Direktwahl 043 259 25 42
Fax 043 259 42 98
alexander.locher@ji.zh.ch

Unsere Referenz: 2019-4283/AL

An die Adressaten gemäss Verteiler

22. März 2022

Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über die politischen Rechte (VPR)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kantonsrat stimmte am 14. März 2022 in 1. Lesung dem Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 11. Februar 2022 zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) zu (Vorlage 5729a). Die 2. Lesung und die Schlussabstimmung im Kantonsrat werden voraussichtlich im Mai 2022 stattfinden.

Die Gesetzesänderung bezweckt hauptsächlich Vereinfachungen der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen. Sie behandelt Themen, die Gegenstand von Vorstössen von Mitgliedern des Kantonsrates waren, und greift den inhaltlichen und rechtsetzungstechnischen Revisionsbedarf auf, der sich aus Sicht der Gemeinden und der kantonalen Verwaltung in den letzten Jahren ergeben hat. Als wesentliche Neuerung soll ein Beiblatt mit vorangehendem Vorverfahren eingeführt werden, mit dessen Hilfe die Stimmberechtigten bei kantonalen und kommunalen Mehrheitswahlen Informationen zu den kandidierenden Personen erhalten.

Die Gesetzesänderung erfordert eine Änderung der Verordnung über die politischen Rechte (VPR, LS. 161.1), damit die Anpassungen in der Praxis umgesetzt werden können. Daneben beinhaltet die Änderung der VPR weitere Punkte, bei denen die kantonale Verwaltung einen Revisionsbedarf erkannt hat. Die Änderung der VPR ist Gegenstand des vorliegenden Vorentwurfs, zu dem die Vernehmlassung durchgeführt wird.

Weitere Ausführungen zur Änderung der VPR finden Sie in der Vernehmlassungsvorlage, die zusammen mit weiteren Unterlagen zur Vernehmlassung und einem Antwortformular unter www.zh.ch/de/politik-staat/gesetze-beschluesse/vernehmlassungen.html abgerufen werden kann.

Gemäss dem Beschluss des Kantonsrates soll die Gesetzesänderung am 1. Oktober 2022 in Kraft treten, damit die neuen Vorschriften erstmals auf die kantonalen Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2023–2027 zur Anwendung kommen können. Die vom Regierungsrat zu beschliessende Änderung der VPR erfordert eine Vorlaufzeit. Vorliegend kann mit der Ausarbeitung nicht zugewartet werden, bis die Beratung der Geset-



Änderung im Kantonsrat abgeschlossen ist. Um ein rechtzeitiges und gemeinsames Inkrafttreten der beiden Vorlagen zu ermöglichen, ist der Vorentwurf zur Änderung der VPR bereits jetzt in die Vernehmlassung zu geben. Die im Vorentwurf vorgeschlagenen Änderungen an der VPR stützen sich auf den eingangs genannten Antrag der STGK vom 11. Februar 2022.

Aufgrund der Dringlichkeit laden wir Sie ein, **bis zum Dienstag, 26. April 2022**, zum Vorentwurf Stellung zu nehmen.

Ihre Stellungnahmen richten Sie bitte an die Direktion der Justiz und des Innern, Generalsekretariat, Neumühlequai 10, Postfach, 8090 Zürich. Im Interesse einer einfachen und schnellen Auswertung bitten wir Sie, Ihre Vernehmlassungen in elektronischer Form an kanzlei.gsjj@ji.zh.ch zu übermitteln.

Bei Fragen zur Vernehmlassungsvorlage steht Ihnen Dr. Alexander Locher (vgl. Kontaktangaben im Briefkopf) gerne zur Verfügung.

Für Ihre wertvolle Mitarbeit danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Jacqueline Fehr
Regierungspräsidentin



Adressatenliste

A. Gemeinden und ihre Organisationen sowie Gerichte

- Politische Gemeinden des Kantons Zürich
- Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV)
- Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV)
- Verband Zürcher Schulpräsidenten (VZS)
- Verwaltungskommission der kantonalen Gerichte

B. Kantonsrat und politische Parteien

- Geschäftsleitung des Kantonsrates
- Parlamentsdienste
- Alternative Liste (AL)
- Christlich-Soziale Partei (CSP)
- Die Mitte
- Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)
- Evangelische Volkspartei (EVP)
- Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)
- Grüne Partei (Grüne)
- Grünliberale Partei (GLP)
- Schweizerische Volkspartei (SVP)
- Sozialdemokratische Partei (SP)

C. Intern

- Direktionen des Regierungsrates
- Staatskanzlei
- Statthalterkonferenz
- Bezirksratskanzleien
- Gemeindeamt
- Statistisches Amt